

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kunz (Weiden), Schedl, Dr. Warnke und Genossen

betr. Gefährdung der Arbeitsplätze in der ostbayerischen Natursteinindustrie

Die Natursteinindustrie des ostbayerischen Grenzlandes kämpft seit Jahren um die Existenz und die wirtschaftliche Gesundung ihrer Betriebe, die einen sehr hochwertigen Straßenbaustoff (Basalt) verarbeiten. Kennzeichnend für die Absatzstruktur dieser Unternehmen ist ihre fast völlige Abhängigkeit von öffentlichen Bedarfsträgern; von privater Seite ist die Nachfrage bedeutungslos.

Da aufgrund des angewandten Verteilungsschlüssels für den Straßenbau die revierfernen Gebiete des bayerischen Grenzlandes, insbesondere der Nordoberpfalz, benachteiligt sind, haben bei bereits bisher knapper Auslastung der Kapazitäten die Konjunkturdämpfungsmaßnahmen der Bundesregierung verheerende Auswirkungen für diese Betriebe und damit für die dortigen Arbeitsplätze.

Hinzu kommt, daß das Moment der strukturellen Erschließung und die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Grenzlandes zur Voraussetzung den Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes hat. Es ist festzustellen, daß dieser Gesichtspunkt in den letzten Jahren zu wenig berücksichtigt wurde und daß damit auch für die ansässige Wirtschaft bzw. die Ansiedlung neuer Wirtschaftsbereiche von der Bundesregierung die grundlegenden Voraussetzungen für einen solchen Anreiz vernachlässigt werden.

Geradezu verhängnisvoll wirken sich die neuen Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung bei der Naturstein- und der Tiefbauindustrie des ostbayerischen Grenzlandes aus, da dadurch weitere Mittel den bereits gering bemessenen Zuteilungsraten entzogen werden.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im ostbayerischen Raum ansässige Natursteinindustrie, insbesondere die nord-

oberpfälzische Basaltindustrie, aufgrund der Stabilitätsmaßnahmen ihre Betriebe z. Z. nur mit erheblichen Einschränkungen aufrechterhalten kann und daß, wenn sich keine Änderung ergibt, diese Unternehmen zur Entlassung der Arbeitskräfte und zur Stilllegung der Werke gezwungen sind?

2. Wie vereinbart sich die Zielsetzung des Zonenrandförderungsgesetzes mit einem undifferenzierten Konjunkturdämpfungsprogramm?

Bonn, den 14. Juni 1973

Dr. Kunz (Weiden)

Schedl

Dr. Warnke

Dr. Abelein

Bewerunge

Biehle

Böhm (Melsungen)

Bremm

Eigen

Engelsberger

Dr. Früh

Dr. Fuchs

Dr. Gradl

Hösl

Jäger (Wangen)

Dr. Jobst

Dr. Klein (Göttingen)

Lagershausen

Dr. Mende

Dr. Mertes (Gerolstein)

Rainer

Dr. Ritgen

Roser

Sauter (Epfendorf)

Solke

Susset

Dr. Wittmann (München)